

Allgemeine Bewerbungsbedingungen des Kreises Unna

Die nachstehenden allgemeinen Bewerbungsbedingen gelten grundsätzlich bei Ausschreibungen des Kreises Unna.

Sofern in den Vergabeunterlagen gesonderte Angaben gemacht werden, die den allgemeinen Bewerbungsbedingungen widersprechen, sind die abweichenden Regelungen aus den Vergabeunterlagen maßgeblich und haben Vorrang vor den allgemeinen Bewerbungsbedingungen.

1 Abgabe der Angebote

(1) Die Kreisverwaltung Unna als Auftrag gebende Stelle verfährt für Vergaben oberhalb der EU-Schwellenwerte nach dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) sowie der Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung - VgV).

(2) Von jeder Bieterin bzw. jedem Bieter sind die übersandten Vordrucke zu verwenden und nur ein Angebot einzureichen.

(3) Das Angebot ist zweifelsfrei in gut lesbarer Schrift auszufüllen. Es muss alle Preise und die in den Vertragsunterlagen geforderten Erklärungen, Angaben und Unterlagen enthalten. Die Möglichkeit zu einer Nachforderung von Unterlagen im Sinne von § 56 VgV bleibt unberührt. Sofern eine Unterzeichnung auf Grund der Abgabeform erforderlich ist, muss das Angebot unterzeichnet sein.

Sofern Bieterinnen bzw. Bieter vor Angebotsabgabe Korrekturen an den bereits eingesetzten Preisen vornehmen, muss jede Änderung bei der betreffenden Position durch Unterschrift mit Datumsangabe bestätigt werden. Preisänderungen in einzelnen Positionen müssen in der Angebotssumme berücksichtigt sein.

Angebote, die diesen Voraussetzungen nicht entsprechen sowie nicht rechtzeitig eingehende oder unvollständige Angebote und solche, zu denen geforderte Proben oder Muster zum Einreichungstermin nicht oder nicht in der vorgeschriebenen Form vorliegen, können ausgeschlossen werden.

Bei elektronischer Angebotsabgabe ist das Angebot elektronisch in Textform nach § 126b BGB abzugeben oder ggf. in Ausnahmefällen auf Anforderung der Vergabestelle zu signieren. Näheres zur Form der Angebotsabgabe kann dem beiliegenden Formular 312_322 EU entnommen werden.

(4) Falls die Bieterin bzw. der Bieter Ausführungen zum Angebot (z. B. zur Güte der angebotenen Proben und Muster oder zu den Leistungsbedingungen) für erforderlich hält, so hat sie bzw. er dies in einer besonderen Anlage zu tun.

(5) Nebenangebote können nur abgegeben werden, wenn sie in der Angebotsanfrage ausdrücklich zugelassen oder vorgeschrieben wurden. Sie müssen die darin verlangten Mindestforderungen erfüllen. Die in den Nebenangeboten enthaltenen Leistungen sind eindeutig und erschöpfend zu beschreiben. Mehrere Hauptangebote sind nicht zugelassen.

(6) Die Veröffentlichung und die Verfahrensunterlagen müssen unverzüglich nach Erhalt auf Vollständigkeit und etwaige Unklarheiten geprüft werden. Dies gilt auch für sonstige, dem Bieter mitgeteilte, übergebene oder zugänglich gemachte Unterlagen des Auftraggebers im Rahmen dieses Verfahrens. Stellt der Bieter dergleichen oder Verstöße gegen geltendes Recht fest, muss er den Auftraggeber ausdrücklich auf den Verstoß hinweisen.

Der Hinweis muss unverzüglich nach Kenntnis des Verstoßes oder der Unklarheit sowie spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Abgabe des Angebots erfolgen. Andernfalls kann der Auftraggeber keine rechtzeitige Beantwortung oder Abhilfe vor Ablauf der Angebotsfrist mehr sicherstellen.

Unterbleibt der Hinweis, der dem Bieter aufgrund von Kenntnis oder Kennenmüssens eines erkennbaren Verstoßes oder einer Unklarheit möglich gewesen wäre, verzichtet er auf die Geltendmachung zu einem späteren Zeitpunkt.

(7) Der Bieterin bzw. dem Bieter ist es grundsätzlich freigestellt, sowohl für sämtliche als auch für einzelne Lose der Ausschreibung Angebote abzugeben, sofern in den Vergabeunterlagen nichts anderes vorgesehen ist.

(8) Auskünfte erteilt die ausschreibende Stelle. Der Einwand, dass die Bieterin bzw. der Bieter über den Umfang der Leistung oder über die Art der Ausführung nicht unterrichtet gewesen ist, ist ausgeschlossen.

(9) Die Bieterin bzw. der Bieter kann ein Angebot bis zum Ablauf der Angebotsfrist berichtigen, ändern oder zurückziehen. Berichtigungen, Änderungen oder Zurücknahme des Angebotes sind der ausschreibenden Stelle in der gleichen Art und Weise wie das Angebot zu übersenden.

(10) Die evtl. in den Vergabeunterlagen genannten Normen sind in der jeweils am Tage der Veröffentlichung bzw. des Versands (Datum der E-Mail bei E-Mail-Anfragen) der Aufforderung zur Angebotsabgabe gültigen Fassung maßgebend.

(11) Folgende besondere Vergaberegeling wird bei der Vergabeentscheidung angewandt, sofern die Voraussetzungen vorliegen:

Runderlass des Ministeriums für Wirtschaft und Arbeit NRW vom 8.4.2004 – Bevorzugte Berücksichtigung von Werkstätten für behinderte Menschen und Blindenwerkstätten bei der Vergabe öffentlicher Aufträge.

Bieterinnen bzw. Bieter, auf die diese Regelungen Anwendung finden, müssen die entsprechenden Nachweise bei der Angebotsabgabe führen. Wird der Nachweis nicht rechtzeitig geführt, so wird das Angebot wie die Angebote nicht bevorzugter Bieterinnen bzw. Bieter behandelt.

(12) Die Korrespondenz mit dem Auftraggeber und das Angebot sind in allen Bestandteilen in deutscher Sprache abzufassen.

2 Angebotspreise

(1) Die ausschreibende Stelle ist berechtigt, Leistungen im Ganzen, nach Losen geteilt oder nach Positionen zu vergeben. Verstehen sich die Preise der Bieterin bzw. des Bieters nur bei Vergabe im Ganzen, so ist dies im Angebot besonders zum Ausdruck zu bringen.

(2) Alle Angebotspreise sind als Festpreise in Euro ohne Mehrwertsteuer bei den einzelnen Losen bzw. Positionen der Leistungsbeschreibung anzugeben. Abschließend ist ein Gesamtpreis zu bilden. Die Mehrwertsteuer ist in einem Betrag gesondert auszuweisen. Sofern unterschiedliche Steuersätze in Betracht kommen, sind sie am Ende des Angebotes aufgeschlüsselt nach Positionen, Prozentsätzen und Beträgen aufzuführen. Ausgenommen davon sind Leistungsbeschreibungen mit Alternativen. In diesem Falle ist die Mehrwertsteuer bei den einzelnen Losen oder Positionen auszuweisen.

Mit Skonti, Nachlässen und Rabatten ist entsprechend zu verfahren.

3. Proben und Muster

Entwürfe und Ausarbeitungen, sowie Muster und Proben, die bei der Prüfung der Angebote nicht verbraucht werden, gehen ohne Anspruch auf Vergütung in das Eigentum des Auftraggebers über, soweit in der Angebotsanfrage nichts Gegenteiliges festgelegt ist oder der Bieter im Angebot bzw. innerhalb von einem Monat nach Ablauf der Bindefrist nicht ihre Rückgabe verlangt. Die Kosten der Rückgabe trägt der Bieter.

4. Wertungskriterien

Der Preis ist das einzige Wertungskriterium, sofern in den Vergabeunterlagen nicht explizit weitere Kriterien definiert sind.

Das Angebot mit dem günstigsten Preis entspricht in diesem Fall dem wirtschaftlichsten Angebot. Das Angebot muss jedoch grundsätzlich wertbar sein.

5. Eignungsnachweise

Für die Angebotsaufforderung werden nur Angebote von Bewerbern berücksichtigt, die die erforderliche Eignung besitzen. Zum Nachweis der Eignung hat der Bieter die in der Auftragsbekanntmachung aufgeführten Unterlagen mit dem Teilnahmeantrag vorzulegen.

Die Teilnahmeanträge dürfen gemeinschaftlich abgegeben werden; dies entweder in Form einer Bietergemeinschaft oder mittels Benennung von Nachunternehmern/Unterauftragnehmern. Der rechtliche Charakter der zwischen dem Bieter und dem anderen Unternehmen bestehenden Verbindung ist hierbei unerheblich.

Wichtig ist hierbei, dass der Bieter im Fall der gemeinschaftlichen Bewerbung dem Auftraggeber mit Angebot nachweisen muss, dass die erforderlichen Mittel bei Erfüllung des Auftrags (nach Vertragsschluss) auch tatsächlich zur Verfügung stehen.

Die Zulässigkeit einer gemeinschaftlichen Angebotsabgabe ist vom Bieter jeweils in eigener Verantwortung zu prüfen.

6. Zuschlags- und Bindefrist

Die Bieterin bzw. der Bieter ist vom Ende der Angebotsfrist an 8 Wochen an das Angebot gebunden, sofern im Einzelfall keine andere Frist bestimmt worden ist. Innerhalb dieser Frist wird auch der Zuschlag

erteilt. Sollte der Bieterin bzw. dem Bieter der Zuschlag bis zu diesem Zeitpunkt nicht erteilt sein, dann ist der Auftrag anderweitig vergeben worden. Auf eine besondere Mitteilung hat der Bieter keinen Anspruch.

7. Zuschlag

Die Annahme des Angebotes bedarf entweder der Schriftform oder der Übermittlung per Kommunikationsfunktion des Vergabemarktplatzes.

8. Schutz von Betriebs- und Geschäftsgeheimnissen im Angebot

Die Bieter werden gebeten, bereits bei Abgabe ihres Angebotes diejenigen Teile ihrer Angebote zu kennzeichnen, die nach ihrer Einschätzung der Geheimhaltung unterliegen und daher anderen Bietern als Bestandteil einer eventuell im Rahmen eines Nachprüfungsverfahrens beantragten Akteneinsicht nicht übermittelt werden sollen. Es wird darum gebeten, sämtliche Angebotsbestandteile, die vertrauliche Informationen (z. B. Betriebs- oder Geschäftsgeheimnisse) beinhalten, entsprechend (z.B. mittels Stempel oder entsprechender, der Unterlage zuzuordnender Angabe als Anlage zum Angebotsschreiben) als vertraulich zu kennzeichnen.

9. Aufhebungsvorbehalt

Der Kreis Unna behält sich eine Aufhebung des Verfahrens in jedem Verfahrensstadium vor. Es besteht kein Anspruch auf eine Beauftragung. Dies gilt insbesondere für den Fall, in dem der Kreis Unna zu dem Ergebnis gelangt, dass das im Auswahlverfahren ermittelte Angebot unverhältnismäßig hoch ist.

10. Kosten

Für die Erstellung und Bearbeitung des Angebots steht dem Bieter kein Anspruch auf Entschädigung seines Aufwandes zu.

11. Anerkennung der Vertragsbedingungen

(1) Der Auftragnehmer erkennt die den Vergabeunterlagen enthaltenen Vertragsbedingungen uneingeschränkt an. Änderungen und Ergänzungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig. Hierbei ist es unerheblich, ob dies in den Originalunterlagen oder ggf. sonstigen vom Bieter eingereichten Unterlagen erfolgt.

(3) Fügt der Bieter seinem Angebot versehentlich eigene Allgemeine Geschäftsbedingungen bei, erklärt er mit der Abgabe seines Angebots (einschließlich dieser Bestimmung), dass diese ausdrücklich keine – auch keine nachrangige – Anwendung finden.

(4) Ergänzend zu den Vergabeunterlagen gelten die deutschen Rechtsvorschriften.

12. Leistungsbeginn /Liefertermin

Sofern in den Vergabeunterlagen nichts Anderweitiges geregelt ist, ist die Leistung/Lieferung direkt nach Auftragserteilung zu erbringen.